

(KW 4)

Nordrhein-Westfalen darf nicht zur Drehscheibe für islamistische ‚Gotteskrieger‘ werden

Seit Ralf Jäger Innenminister ist, hat sich die Zahl der Salafisten in Nordrhein-Westfalen von knapp 500 auf 1.900 fast vervierfacht. Laut NRW-Verfassungsschutz organisieren sich diese 1.900 identifizierten Salafisten in rund 40 Netzwerken unterschiedlicher Größe. Das zeigt: Nordrhein-Westfalen hat ein besorgniserregendes Salafisten-Problem, dem Minister Jäger offenkundig nicht gewachsen ist.

Besonders beunruhigend ist, dass Syrien-Rückkehrer unser Bundesland zunehmend als Ruhe- und Rückzugsraum nutzen und nach einer gewissen Regenerationsphase erneut in die syrischen Dschihad-Gebiete aufbrechen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Nordrhein-Westfalen zu einer Drehscheibe für islamistische ‚Gotteskrieger‘ wird.

Vom Land initiierte Aussteigerprogramme zeigen wenig Erfolg. Laut Aussage des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz-Chefs fühlen sich immer mehr Jugendliche von den zunehmend professionalisierten Propagandaangeboten der hier agierenden Salafistenszene angezogen. Minister Jäger steht dieser Entwicklung weiter hilflos gegenüber. Er selbst sprach in dieser Woche im Landtag von einer sich verdichtenden Gefahrenlage, die ihm Sorge bereitet.

Land muss Fremdwährungskredite zum Schutz vor weiteren Millionen-Verlusten nordrhein-westfälischer Kommunen verbieten

1,8 Milliarden Euro Fremdwährungskredite von Kommunen in Nordrhein-Westfalen und drohende Verluste von rund 400 Millionen Euro zeigen, dass in Nordrhein-Westfalen etwas gehörig schief gelaufen ist. Auch die Landesregierung ist mitverantwortlich für den Franken-GAU in unseren Kommunen. Angesichts der drohenden Millionen-Verluste durch die Beendigung der Frankenbindung an den Euro muss Innenminister Jäger jetzt endlich die Notbremse ziehen: Fremdwährungskredite müssen verboten und der Krediterlass muss auf weitere mögliche Risikogeschäfte geprüft werden. Mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger darf nicht weiter spekuliert werden.

Pressestelle

Axel Bäumer - Pressesprecher
Nils Sönksen - Pressereferent
Teresa Leson - Sekretariat/Internet

Tel: (0211) 884-2213
Tel: (0211) 884-2355
Tel: (0211) 884-2018
Tel: (0211) 884-2213

Mobil (0151) 1 884 10 71
Mobil (0151) 1 884 10 90
Mobil (0151) 1 884 10 83

cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Auf Anfrage der CDU-Fraktion an die Landesregierung vom Juli 2014 erklärte der für Kommunalaufsicht zuständige Innenminister Jäger, dass die Landesregierung keinen gesetzlichen Handlungsbedarf zur Begrenzung kommunaler Fremdwährungskredite sieht. Und erst kürzlich hat das Innenministerium auf Nachfrage nochmals betont, dass das Land keine Handhabe gegen das Finanzgebaren der Kommunen habe. Fakt ist aber: In anderen Bundesländern wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein haben die Landesregierungen die Kommunen vor Frankenkrediten gewarnt oder diese sogar untersagt.

Wegen der Untätigkeit des Ministers haben die betroffenen Kommunen nun ein zusätzliches Schuldenproblem. Das Land muss seine Verantwortung als Kommunalaufsicht endlich wahrnehmen.

Strukturreform des Landesbetriebs Straßen.NRW: Groschek schafft mehr Bürokratie statt weniger

Der Landesbetrieb Straßen.NRW bedarf dringend einer verschlankenden Strukturreform. Die Reformpläne, die Minister Groschek dem Landtag in dieser Woche vorgelegt hat, sind jedoch das genaue Gegenteil einer Verschlankung der Betriebsstrukturen. Groschek kündigt eine weitere Aufblähung des Apparats an. Konkret will der Minister neben den bereits heute bestehenden Ebenen der Geschäftsführung des Landesbetriebs in Gelsenkirchen und den 10 Niederlassungen an 17 Standorten eine zusätzliche Ebene, die sogenannte Ebene der Regionalleitungen, einführen. Wie der Minister durch mehr Personal und mehr Bürokratie Effizienzsteigerungen sowie eine Verschlankung der internen Verwaltungsprozesse erzielen möchte, bleibt das Geheimnis dieser Landesregierung. Hier bleibt Groschek dem Kurs von Rot-Grün treu: Mehr Bürokratie statt weniger.

Wie kann die Einziehung einer zusätzlichen Steuerungsebene zur Verschlankung und Leistungssteigerung des Landesbetriebs führen? Wieso können die Regionalleiter – anders als Geschäftsführung und Betriebssitz – einen Kapazitätsausgleich bewirken? Wie stehen die Geschäftsführung in Gelsenkirchen und die Niederlassungsleiter zu den Plänen der Regionalisierung? Auf diese Fragen ist Minister Groschek bislang eine plausible Antwort schuldig geblieben.

Minister mauert gegen berechnete Kritik der Jäger

Die Bedenken gegen den rot-grünen Gesetzentwurf zum Landesjagdgesetz sind groß. Das zeigt auch die Expertenanhörung in dieser Woche im Umweltausschuss. Das Gesetz führt nämlich nicht zu mehr, sondern zu weniger Tierschutz. Die Wildschäden werden zunehmen, die Artenvielfalt dagegen sinken. Die Gefahr von schweren Erkrankungen wie Tollwut und Fuchsbandwurm wird nicht nur für Tiere, sondern auch für Menschen steigen. Wenn die Hegeverpflichtung der Jäger zukünftig statt für 116 nur noch für 27 Tierarten

bestehen bleibt, schadet das der Artenvielfalt, insbesondere den ohnehin bedrohten Bodenbrütern. Dieses Gesetz wird aus ideologischen Gründen vorangetrieben und lässt die Praxis in der Natur vollkommen außen vor.

Die Kritik zahlreicher Experten, dass mehrere Passagen von Rimmels Gesetz gegen die Verfassung verstoßen, kann die Landesregierung nicht vom Tisch wischen. Rimmel hat sich mit dem Paradigmenwechsel schlichtweg verhoben. In ganz Nordrhein-Westfalen gehen nicht nur Jägerinnen und Jäger, sondern alle Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raums auf die Straßen, weil sie sich zu Recht vom geplanten Landesjagdgesetz benachteiligt fühlen. Doch anstatt auf die Jäger zuzugehen, zeichnet der Minister ein Zerrbild von der Jagd und zieht die Leistungen der Jägerschaft in Misskredit. Gegen Sorgen und Kritikpunkte der Jäger verschließt er sich komplett.

Technikunterricht in NRW: Löhrmann verharmlost Lehrermangel

Der Bericht der Schulministerin zur Situation des Technik-Unterrichts in Nordrhein-Westfalen, der in dieser Woche dem Schulausschuss vorgelegt wurde, verharmlost die aktuell schlechte Situation in unseren Schulen. Durch den demografiebedingten Rückgang der Schülerzahlen droht in Nordrhein-Westfalen ein massiver Fachkräftemangel. Im Schulministerium scheint diese Einsicht allerdings noch nicht angekommen zu sein.

Die neue Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm aus Essen weist alarmierend auf den drohenden Lehrermangel in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) hin. Wenn der Unterricht durch Mangel an Fachlehrern leidet, dann wird auch das Technik- und Naturwissenschaftsverständnis der Schulabgänger und zukünftigen Auszubildenden nicht zufriedenstellend sein. Die Gefahr für den Arbeitsmarkt der Zukunft wird vom Ministerium und der Ministerin verkannt.

Eine Offensive zur Stärkung der MINT-Fächer durch das Land ist dringend notwendig. Andernfalls ist der Industrie- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen gefährdet.

Landesregierung muss Ausbau des schnellen Internets beschleunigen

Unser Land braucht dringend eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum. Wie der aktuelle Konsolidierungsscheck des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, nimmt Nordrhein-Westfalen schon wieder den letzten Platz ein. Dabei könnten wir bereits heute einen ausgeglichenen Haushalt haben: Nach Berechnungen der Unternehmensberatung McKinsey aus dem Jahr 2013 hätte Nordrhein-Westfalen heute jährlich Steuermehreinnahmen von 3,2 Milliarden Euro – vorausgesetzt, die Wirtschaft wäre seit dem Jahr 2000 genauso stark gewachsen wie in Bayern.

Einer der wichtigsten Wachstumstreiber könnte der Ausbau des Breitbandnetzes sein: Bei einem flächendeckenden Breitbandausbau könnte die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-

Westfalen um bis zu 4,5 Prozentpunkte gesteigert werden, womit die Hälfte der Wachstumslücke auf den Freistaat Bayern geschlossen wäre. Der Ausbau des schnellen Internets kommt in Nordrhein-Westfalen jedoch nur schleppend voran: Waren 2012 nach Auskunft der Landesregierung rund 68 Prozent aller Haushalte an das schnelle Internet von mindestens 50 Mbit/s angeschlossen, stieg die Zahl bis 2014 lediglich um 2,8 Prozentpunkte auf jetzt 70,7 Prozent. Wenn das Ausbautempo nicht zügig erhöht wird, wird frühestens im Jahr 2035 jeder Haushalt in Nordrhein-Westfalen über schnelles Internet verfügen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Monaten dem Parlament konkrete Vorschläge vorgelegt, um den Breitbandausbau zu beschleunigen. So muss beispielsweise das Förderprogramm der NRW.BANK dringend überarbeitet werden. Das seit 2011 bestehende Programm wurde bislang lediglich drei Mal in Anspruch genommen - ein erfolgreiches Programm sieht anders aus. Außerdem braucht Nordrhein-Westfalen ein Referenzprojekt für mobiles Internet und einen stärkeren Einsatz der Landesregierung für eine Minimierung der Ausbaurkosten. Statt Wortgeklingel braucht es endlich konkrete Taten.

Landesregierung muss den Trinkwasserschutz sicherstellen und Kosten für den Steuerzahler vermeiden

Auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion haben Umweltminister Remmel und Wirtschaftsminister Duin in dieser Woche im Landtag über mögliche PCB-Verunreinigungen von Grubenwassern in alten RAG-Bergwerken berichtet. Beide Minister mussten dabei einräumen, dass sie über keinerlei Kenntnis verfügen, wie viel PCB sich heute noch unter Tage befindet. Auch auf die Frage, ob die Giftstoffe zurückgeholt werden können, blieben sie eine Antwort schuldig. Eingeräumt wurde lediglich, dass PCB-Belastungen in Emscher und Ruhr vorzufinden waren, die auf das konterminierte Grubenwasser zurückzuführen sind. Rot-Grün konnte weder erklären wie groß der Schaden eigentlich ist, noch wer für diesen Schaden haftet.

Es zeigt sich, dass sich die rot-grüne Landesregierung bis heute davor drückt, mit der RAG-Stiftung und der RAG zu klären, wer mögliche Folgekosten nach Beendigung des Bergbaus zu tragen hat. Die bisher bekannten Rückstellungen der RAG in Höhe von 2,5 Milliarden Euro scheinen, verglichen mit den noch anstehenden Schadensregulierungen an der vorhandenen Infrastruktur, als deutlich zu knapp kalkuliert. Dazu kommen die möglicherweise großflächig auftretenden Umweltschäden durch den Betrieb des Bergbaus unter Tage, wie etwa den dort verbliebenen PCB-haltigen Giftstoffen. Davon ist insbesondere unser Trinkwasser bedroht.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung deshalb auf, entsprechende Gespräche sowohl mit der RAG-Stiftung als auch mit der RAG selbst aufzunehmen. Das Ziel muss sein, die Verursacher für die Schäden ausfindig zu machen und diese in die Verantwortung zu nehmen. Der Steuerzahler darf für die vom Bergbau verursachten

Schäden nicht in Haftung genommen werden. Während Herr Remmel für den Naturschutz gegenüber Jägern und Bauern unangemessene Härte an den Tag legt, schont er beim Trinkwasserschutz die verantwortlichen Unternehmen.

Organspende: Landesregierung muss sich für Weiterbildung von Transplantationsbeauftragten einsetzen

Die Zahl der Organspender bleibt auf niedrigem Niveau. In Nordrhein-Westfalen ist im Zeitraum von 2011 bis 2013 ein Rückgang von 25 Prozent und im Jahr 2014 ein weiterer Rückgang um 10 Prozent zu beklagen. Für die Menschen, die dringend auf ein Organ warten, ist das eine besorgniserregende Tatsache. In ganz Deutschland stehen über 10.500 Menschen auf der Warteliste für ein Spenderorgan (Stichtag 1.1.2015), in Nordrhein-Westfalen liegt die Zahl bei rund 2.300 Patientinnen und Patienten.

Um dem großen Bedarf an Spenderorganen professionell begegnen zu können, müssen Krankenhäuser einen Transplantationsbeauftragten in ihrem Ärzteteam vorhalten, für dessen Arbeit sie auch Gelder von den Krankenkassen erhalten. Im Rahmen der aktuellen Beratungen zum Krankenhausgestaltungsgesetz sind die bestehenden Probleme der Fachlichkeit, der Aufgabenbeschreibung und der Zuständigkeiten der Transplantationsbeauftragten deutlich geworden. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist es dringend erforderlich, dass sich die Landesregierung für eine intensive Weiterbildung der Transplantationsbeauftragten einsetzt, da sie fachliches, kommunikatives und logistisches Spezialwissen brauchen. Nur so kann die Zahl der Spender erhöht werden. Zur Qualitätssicherung ist zudem eine regelmäßige statistische Erfassung der Datenlage in Nordrhein-Westfalen dringend erforderlich.

Gesundheitsministerin Steffens hat nun wieder einmal die Verantwortung nach Berlin geschoben und bekräftigt, dass sie für die Transplantationsbeauftragten nicht zuständig sei. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion muss die Landesregierung ihre Regelungschancen jedoch endlich wahrnehmen, um den Menschen auf den Wartelisten zu signalisieren, dass sie nicht vergessen werden. Die CDU-Landtagsfraktion wird entsprechende Regelungsvorschläge ins Gesetzgebungsverfahren einbringen, um für die betroffenen Menschen ein deutliches Zeichen zu setzen.

Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist: Rot-Grün scheitert mit dilettantischem Gesetzentwurf

Die Fraktionen von CDU und FDP hatten bereits Mitte 2014 einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur dauerhaften Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist für ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude in den Landtag eingebracht. Die Experten in der Landtagsanhörung hatte unser Anliegen ausdrücklich unterstützt. Statt jedoch im Sinne der Landwirte unserem Gesetz zuzustimmen, hatten SPD und Grüne einen eigenen

Gesetzentwurf vorgelegt, der handwerklich so dilettantisch gemacht war, dass er kurz nach der Verabschiedung im Landtag von der Landtagsverwaltung wegen rechtlicher Fehler wieder einkassiert wurde.

Nach dieser Pleite hat Rot-Grün jetzt klammheimlich und ohne Rückkoppelung mit den übrigen Landtagsfraktionen einen neuen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der zudem weit hinter den Erwartungen der Landwirte zurückbleibt. Demnach soll die Aufhebung der Sieben-Jahres-Frist lediglich um drei Jahre verlängert werden.

Statt dieser mutlosen und kurzsichtigen Nachbesserung durch Rot-Grün, fordert die CDU-Landtagfraktion seit langem, bei der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlichen Gebäuden endlich dauerhaft Rechtssicherheit zu schaffen. Aus Respekt vor dem Eigentum und der Verwurzelung der Menschen in ihrer Heimat wollen wir die Umstrukturierung in den ländlichen Regionen nicht behindern und Eigentum nicht entwerten. Damit hat Rot-Grün aber offenkundig ein Problem.

Eine hilfreiche Versachlichung der Zuwanderungsdebatte

Der in dieser Woche vorgelegte Migrationsbericht ist ein guter Beitrag zur Versachlichung der Zuwanderungsdebatte in unserem Land. Zuwanderung nach Deutschland ist vor allem EU-Binnenwanderung. Von rund 1,2 Millionen Einwanderern kamen 2013 über 700.000 aus den EU-Mitgliedsländern, das zeigen die Zahlen des aktuellen Migrationsberichts. Die Stagnation der Zuwanderungszahlen bei den Hochqualifizierten kann uns nicht zufrieden stellen, denn die deutsche Wirtschaft braucht dringend qualifizierte Fachkräfte. Wir müssen daher effektiver um gut qualifizierte Fachkräfte werben.

Aufgabe der Länder ist es, durch eine aktive Integrationspolitik für eine bessere Begleitung der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft zu sorgen. Das ist etwas, wo wir von Einwanderungsnationen wie Kanada lernen können. Die differenzierte Aufschlüsselung der Wanderungsbewegungen, die der Migrationsbericht bietet, trägt hoffentlich auch in Zukunft zur Versachlichung der Zuwanderungsdebatte bei.